

Textilarbeiter-Zeitung

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 442.

Verlag: C. M. Schäfer, Düsseldorf, Konfordstraße 7. Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Der Reichskanzler und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

Prof. Brande schreibt in der Soz. Praxis:

Ein geringfügiger äußerer Anlaß, die Ablehnung einer zwischen preussischer Regierung und Abgeordnetenhaus vereinbarten Neuordnung der Diäten durch das Herrenhaus, hat den Anstoß zu einer Rundgebung des Reichskanzlers gegeben, die auch für die Sozialreform von größter Bedeutung ist. In den Reden, mit denen das Herrenhaus seinen Widerstand begründet hatte, war eine so tiefgründige Abneigung gegen die Neugestaltung der inneren Verhältnisse im Reich und in Preußen zum Ausdruck gekommen, daß der Reichskanzler sich bewogen fühlte, seinen Standpunkt nochmals darzulegen. Und er bekannte sich so klar und offen zu der Neuordnung der Dinge nach dem Kriege, wie er es in seinen bisherigen Reden noch nie getan hatte. Herr von Bethmann Hollweg sprach aus tiefster Ueberzeugung heraus, mit einer Kraft und Wärme, die im Volke volles Verständnis findet, mit einer Hingabe an die große Sache, die Nachfolge wecken muß. Unerwartet erschien er am 14. März im preussischen Abgeordnetenhaus. Er begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, aufgekommene Zweifel an seiner persönlichen Auffassung von der Gesamtrichtung der inneren Politik, wie sie geführt werden müsse, zu zerstreuen. Das Herrenhaus habe eine sehr scharfe und bittere Kritik am Reichstag geübt. Dagegen müsse er Widerspruch erheben: „Ich halte es für eine Aufgabe jedes Parlaments im Deutschen Reich, mag es das preussische Abgeordnetenhaus, das Herrenhaus, mag es sonst irgendeine Kammer sein, Reichspolitik zu treiben. Reichspolitik muß mit um so größerer Kraft getrieben werden, der Reichsgedanke muß um so höher gehalten werden, weil wir uns in einem Kriege befinden, in dem wir um unser Leben ringen. Ich bin ja nicht immer einer Ansicht mit dem Reichstag gewesen. Aber das darf doch kein Mensch in Zweifel ziehen, daß der Reichstag in den jetzt bald drei Jahren dieses Krieges dem Vaterlande, dem deutschen Volke Dienste geleistet hat wie noch kein Parlament der ganzen Welt. Ich habe mich im Reichstage wiederholt über die großen innerpolitischen Fragen ausgesprochen, das letztemal vor wenigen Wochen. Ich habe dabei meiner unerschütterlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in mancher Beziehung führen muß und führen wird — allen Widerständen zum Trotz.“

Der Reichskanzler nahm dann den Vortritt auf, er habe nur Worte, man brauche Taten. Nichts wäre ihm lieber, als wenn er die Absichten, die er für das Heil unseres Vaterlandes für notwendig halte, baldmöglichst ausführen könnte. Aber man dürfe sich doch nicht verhehlen, daß die Reform nur unter schweren inneren Kämpfen durchzusetzen sei. Diese aber müßten jetzt unter allen Umständen vermieden werden. Der Kernpunkt für ihn sei folgender: „Wir werden nach dem Kriege vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt werden, die wohl je einem Volke beschieden sind, vor Aufgaben, die so gewaltig sind, daß das ganze Volk in allen seinen Schichten, daß jedermann im Volk mit Hand anlegen muß, wenn wir uns überhaupt wieder herausarbeiten wollen. Eine starke auswärtige Politik, auch sie wird nach dem Kriege notwendig sein, gegenüber unseren Feinden, denen wir nicht gegenüber-

treten wollen mit großen Worten, mit Renommieren, mit Sichinszuglegen, sondern mit der inneren Stärke des Volkes. Diese äußere Politik können wir nur treiben, wenn das staatliche, das vaterländische Bewußtsein, das in diesem Kriege doch in ganz neuen und uns bisher unbekanntem Formen zu wunderbarer Wirklichkeit geworden ist, beibehalten und gestärkt wird. Eine solche Politik der Stärke, und eine solche innere und äußere Politik können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. Das erfordert unsere Zukunft nicht um theoretischer Probleme willen, sondern damit wir leben können.“

„In diesem Kriege bringt jeder Sohn des Volkes in todesmutigem Wettkampf sein Bestes und sein Letztes dar, arm und reich, hoch und niedrig. Niemand kann beanspruchen, daß er etwas Mehr, etwas Besseres täte als der andere. Wenn nur ein Glied des Ganzen versagt, können wir dann den Krieg gewinnen? Und können wir nach diesem Kriege leben, wenn im Frieden ein Glied des Volkskörpers versagt? Auch da sage ich: Nein! Vor dem Kriege sind die Interessen der Arbeiterschaft häufig in einen angeblichen unversöhnlichen Gegensatz zu den staatlichen Interessen und zu den Interessen der Arbeitgeber gestellt worden; ich hoffe, dieser Krieg kuriert uns endgültig von diesem Irrwahn. Denn täte er es nicht, wären wir nicht entschlossen, alle die Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, entschlossen zu ziehen in allen Fragen politischen Lebens, in der Regelung des Arbeiterrechts, in der Regelung des preussischen Wahlrechts, bei der Ordnung des Landtags, im ganzen rückhaltlos zu ziehen — und ich werde es für meine Person tun mit dem Vertrauen, das mir in diesem Krieg eingewachsen ist, zu allen Söhnen des Volkes —, dann gingen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann. Ich werde diese Schuld nicht auf mich laden.“

Mit ergreifenden Worten fuhr der Reichskanzler fort: „Vor einiger Zeit ist hier von der rechten Seite dieses Hauses ein Wehe dem Staatsmann zugerufen worden, der nicht aus diesem Kriege einen starken Frieden für Deutschland herausholt. Gibt es einen Deutschen, der nicht sein letztes Herzblut daran setzte, um nach diesen gewaltigen Opfern des Krieges beim Friedensschluß einen Frieden für unsere Kinder und Enkel herauszuholen, einen deutschen, einen starken, einen sicheren Frieden? Das ist ja einfach selbstverständlich. Aber ich möchte doch auch sagen: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt! Wehe dem Staatsmann, der glaubt, daß wir nach einer Katastrophe, wie sie die Welt überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt noch gar nicht verstehen können, glaubte, er könnte wieder anknüpfen an dem, was vorher war — er könnte neuen und jungen Wein in die alten Schläuche füllen, ohne daß diese zersprengten. Wehe diesem Staatsmann!“

„Der Abgeordnete Bachnick meinte, er hätte Sorge, ob ich die Gedanken, denen ich jetzt in stüchtiger Form Ausdruck gegeben habe, auch durchführen könnte. Ich will diese Gedanken und ich werde sie durchführen. Und ich werde mein Bestes daran geben. Ich bin überzeugt — ich will doch diese Gedanken um nichts anderes willen, als um unser Volk stark

zu machen —, jeder, dem die Stärke unseres Volkes am Herzen liegt, welcher politischen Parteirichtung er angehören mag, der muß doch mitarbeiten, daß nach diesen Opfern ein starkes und junges Volk aus dem Verderben und aus dem Unheil hervormache. So gebe ich die Hoffnung nicht auf —, ich gebe sie nicht auf, weil der Zwang der Verhältnisse ein übermächtiger sein wird —, daß wir schließlich an diesem Ziele alle zusammenarbeiten werden in der Hoffnung, etwas Gutes zu erreichen. . . . Ich habe Zeuge sein dürfen, wie ein Volk bis zu seinem letzten Sohne in Not und Tod und in Geschlossenheit um sein Leben ringt. Mich befeelt jetzt der einzige Gedanke, und ich meine, er soll uns alle herausheben über die Fragen des Tages, wie führen wir diesen Krieg zu einem siegreichen Ende? Kein anderer Gedanke soll und darf uns im Innern erschüttern. In diesem Gedanken sind wir alle einig, und weil dieser Krieg nur mit der Anspannung der äußersten Manneskraft gewonnen werden kann, und weil zu dieser Kraft auch Wahrheit gehört, habe ich mich für verpflichtet gehalten, auch meine Ansichten über die innere Politik, über die Zukunft unseres Volkes hier ganz offen auszusprechen. Ich habe nichts damit gewollt, als meinem Volk zu dienen, das Gott erhalten wolle."

Dies Bekenntnis des Reichskanzlers, das ebenso für die Entschlossenheit und Klarheit des Staatsmannes wie für die vornehme Gesinnung des Menschen zeugt, verdient auch in den Jahrbüchern der Sozialpolitik einen Ehrenplatz. Das sind nicht bloß Worte und Verheißungen, sondern die Rede selbst ist eine Tat, der weitere Taten folgen müssen. In ihr lebt der Geist, der schon im Arbeitererlaß Wilhelms II. vom 4. Februar 1890 eine neue Zeit ankündigte mit der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter. In dem seither bis zum Ausbruch des Weltkrieges verfloffenen Vierteljahrhundert ist dies Ziel nicht erreicht worden. Wir haben manche wichtige sozialpolitische Reformen im Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung errungen. Aber wichtiger als all diese Einzelmaßnahmen ist die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Arbeiter — nicht nur im Arbeitsvertrag, sondern in unserm ganzen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen Leben. Dieser Krieg hat für den Kampf ums Vaterland, um unser Dasein als Volk und Reich, diese Gleichberechtigung in der Erfüllung höchster Pflichten gebracht. Draußen an den Fronten mit den Waffen, in der Heimat im Schaffen, Helfen, Tragen. Es wäre ein gar nicht auszudenkendes Elend, wenn dem Siege nicht auch die Gleichberechtigung in der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte folgen sollte. Wie das ganze Volk einig war in der Rettung Deutschlands vor dem äußeren Feinde, so muß es auch einig den Aufbau des neuen Reichs vollenden. Wir brauchen für diese Riesenaufgabe alle Köpfe und alle Hände. Wahrlich nicht zum wenigsten auch Verstand und Kraft der Arbeitermassen. Vor etwa zehn Jahren hat der Reichskanzler, damals noch Staatssekretär des Innern, auf einem Kongress erklärt, die Eingliederung der Arbeiterbewegung in das Staatsleben sei eins der wichtigsten Probleme. Der Krieg hat es gelöst, der Friede muß die Lösung erhalten und vertiefen.

An zwei Stellen seiner Rede vom 14. März sprach der Reichskanzler ausdrücklich von der Arbeiterschaft. Er wies darauf hin, daß wir eine starke innere und äußere Politik nach dem Kriege nur führen können, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. In diesen Blättern ist seit Jahrzehnten immer wieder und mit stärkstem Nachdruck betont worden, daß die Staatsnotwendigkeit gebieterisch eine Heranziehung der Massen zu den öffentlichen Aufgaben erfordere, daß es dem Gemeinwohl nur fromme, wenn insbesondere die Vertreter der Arbeiterschaft in Reich und Glied mit Männern und Frauen aus anderen Schichten und Berufen in Reich, Staat, Provinz, Gemeinde tätig sein könnten. Das war ihnen früher nur in geringem Maße möglich. Jetzt im Kriege hat man's erlebt, welche Kräfte hier bisher brach gelegen haben und welcher vielfältiger Nutzen aus ihrer Mitarbeit aufwächst. Nach dem Siege und im Frieden wird die „freie Bahn dem Tüchtigen“ offen sein müssen, damit das ganze Volk in seinen Besten das neue Deutschland bauen kann. So dient die

Gleichberechtigung der Arbeiter dem höchsten Nutzen von Reich und Staat; denn es war ein verhängnisvoller Irrwahn, zu glauben, daß die Interessen der Arbeiterschaft in einem unpersonlichen Gegensatz zu den staatlichen Interessen und den Interessen der Arbeitgeber ständen. Der Krieg hat diesen Wahn zerstört, Arbeiter und Arbeitgeber sind gleichberechtigt und gleichverpflichtet dem Staate gegenüber.

Aber in ihrer Beziehung zu einander haben allerdings Arbeitgeber und Arbeiter Gegensätze, die in der Natur der Sache liegen. Man schafft sie nicht aus der Welt, wenn man sie vertuscht und verflebt, wie es die sogenannte „wirtschaftsfriedliche“ Bewegung zu tun vorgibt. So eng die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter verknüpft sind im Blühen und Gedeihen des Wirtschaftslebens, in der Kraft und Sicherheit des Staates, in der Erhaltung des Friedens und der Förderung der Kultur, so stark gehen sie auseinander in der Regelung der Arbeitsbedingungen. Das ist stets so gewesen und das wird auch so bleiben, weil es eben in der Natur der Dinge liegt. Aber je klarer diese Gegensätze herausgestellt werden, desto eher ist auch ihr Ausgleich durch Vertrag möglich. Verträge aber können auf die Dauer nur geschlossen und gehalten werden, wenn sie auf der Gleichberechtigung der Parteien beruhen. Dies sind die Ziele des Arbeiterrechts, und wir Sozialpolitiker setzen auf unserem Sondergebiet die Reform des Arbeiterrechts an die erste Stelle. Darum begrüßen wir es mit hoher Freude, daß der Reichskanzler ausdrücklich auch die „Regelung des Arbeiterrechts“ als Staatsnotwendigkeit bezeichnet hat. Nicht nur freies Vereins- und Versammlungsrecht, sondern auch allgemeines, freies und sicheres Koalitionsrecht für alle Arbeiter ebenso wie für die Arbeitgeber, Anerkennung der Gewerkschaften nicht minder als der Arbeitgeberverbände als unentbehrlicher Glieder im Wirtschaftsleben, daneben aber Einführung und Durchbildung aller jener Einrichtungen, die einen Ausgleich der natürlichen Gegensätze ermöglichen: Arbeiterausschüsse, Einigungs- und Schlichtungsinstanzen bis hinauf zum Reichseinigungsamt, Arbeitskammern, Rechtsberatung des Tarifvertrags — in allen Stücken unter voller Wahrung der Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsvertrage. Nach diesen Zielen ist die Tätigkeit der Gesellschaft für Soziale Reform seit vielen Jahren gerichtet, auf den Wegen zu diesen Zielen wird sie gemeinsam mit allen Organisationen und Gewalten, die das gleiche erstreben, zusammen marschieren und an der Neuordnung im Reiche auf Grund der Erfahrungen und Errungenschaften des Krieges mitarbeiten. Dem Reichskanzler aber danken wir, daß er so klar den innersten Kern der Sozialreform, die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, ans Licht gestellt hat.

Kriegsbeschädigte!

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen zu einem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ zusammengeschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

„Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung;

in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reiche organisiert, wenn auch die reichsgesetzliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht

in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein müßte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflussreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wiedergewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die ins Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbständigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies u. a. deren Arbeitersekretariate und sonstigen Rechtsschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die unterzeichneten Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle sieht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Berlin, den 3. April 1917.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).
Polnische Berufsvereinigung.
Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.
Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.

Ernährungsfragen.

Wo sind die Kartoffeln geblieben?

Von den maßgebenden Stellen wurde mehrmals versichert, daß die Kartoffelernte im letzten Jahre eine außerordentlich schlechte gewesen sei. Etwa 23 Millionen Tonnen seien nur geerntet worden, wovon 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung verwandt werden. Das wäre also nur etwas über die Hälfte der ganzen Kartoffelernte. Da ein Verfüterungsverbot für Kartoffeln besteht, die Kartoffeln auch nicht mehr zum Brotstreifen verwendet und auch sonst überall mit Kartoffeln gespart wird, ist es fraglich, ob nicht doch mehr als 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung übrigbleiben. Aber selbst, wenn wir nur 270 Millionen Zentner in Ansatz bringen, so dürfte bei 70 Millionen Einwohnern pro Kopf und Tag über ein Pfund verzehrt werden. Nun bekommt aber die Bevölkerung schon lange nur $\frac{1}{2}$ Pfund täglich, und in den letzten zwei Monaten gab es mehrmals infolge des Frostes und der Verkehrsstörung überhaupt keine Kartoffeln. Man mußte sich mit etwas Brot behelfen und mit Kohlrüben ernähren so gut es ging. Der geringe Zuschuß, den die Schwerarbeiter bekommen, erfordert nicht allzugroße Mengen, zumal in der Frostperiode ebenfalls Kartoffeln eingespart wurden. Man darf wirklich auf das Ergebnis der Bestandserhebungen am 1. März gespannt sein. Jrgendwo müssen doch die Kartoffeln stecken! Wurden sie zurückgehalten? Oder sollten doch infolge der hohen Fleischpreise mehr Kartoffeln verfüttert worden sein, als man annimmt? Die Zeit wird es lehren.

Arbeiterinnen-Fragen.

Die Nachtarbeit der Arbeiterinnen

behandelt ein Erlaß des Reichsamts des Innern, den der preußische Handelsminister jetzt den Regierungspräsidenten und dem Berliner Polizeipräsidenten zur Beachtung übermittelt. Infolge der Notwendigkeit, große Mengen von Munition und sonstigem Heeresbedarf herzustellen, werden überall, wo es angeht, Arbeiterinnen eingestellt werden müssen. Sie werden noch mehr als bisher auch nachts zu beschäftigen sein. Die gesetzlich zulässigen Ausnahmen für diese Nachtarbeit der Arbeiterinnen sollen in erhöhtem Umfang angewendet werden. Die Genehmigung, Arbeiterinnen während der Nacht zu beschäftigen, soll in der Regel nur unter der Bedingung erteilt werden, daß sie in achtstündigen Schichten arbeiten. Das ist verschiedentlich bereits mit Erfolg geschehen. Die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß in demselben Betriebe die Männer in zwölfstündigen Schichten arbeiten, lassen sich bei gutem Willen überwinden. Für die Gewährung von Ausnahmen von den achtstündigen Nachtschichten für Arbeiterinnen gibt das Reichsamt des Innern den Bundesregierungen Richtlinien an die Hand. Solche Ausnahmen sollen von den höheren Verwaltungsbehörden wie bisher nur von Fall zu Fall bewilligt werden.

Allgemeine Rundschau.

Textilarbeiterlöhne — Unternehmer — Unterstützungen!

In der Sitzung der Gewerbekammer Zittau, die am Mittwoch stattfand, wurden die vielen Anklagen, die sich gegen die Lohnrückerei der Unternehmer auf Kosten der Unterstützungen richteten, als begründet erachtet. Es wurde festgestellt, daß die Unterstützungen, die den ganz oder teilweise arbeitslos gewordenen Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, dahin geführt haben, daß Arbeitgeber den bei ihnen noch beschäftigten Arbeitern unangemessen niedrige Löhne zahlten und sie wegen des zum nötigen Unterhalte Fehlenden auf die Textilarbeiterfürsorge verwiesen. Die vom Ministerium des Innern angestellten Erörterungen ergaben, daß ein solches Vorgehen in vielen Fällen eingeschlagen worden ist. Um dem entgegenzuwirken, hält es das Ministerium für

angebracht, eine Anordnung der zuständigen Stellen dahin herbeizuführen, daß in den Betrieben der Textilindustrie und ihrer Nebengewerbe, für die die Textilarbeiterfürsorge besteht, bestimmte Mindestlöhne gezahlt werden müssen. Diese Mindestlöhne würden so hoch sein müssen, daß bei einer zehnstündigen Arbeitszeit ein voll arbeitsfähiger und tätiger Arbeiter so viel verdienen kann, wie 125 vom Hundert der Textilarbeiterunterstützung des Betriebesortes für jede Arbeiterklasse betragen.

Ein Unternehmer, Kommerzienrat Richter-Großschönau, meint, er würde nicht glauben, daß es solche Arbeitgeber gebe, aber die Klagen seien untersucht und bestätigt worden. Es könne sich aber doch nur um Ausnahmen handeln.

Warnung vor einem Versuch englischer Handelsespionage.

In verschiedenen Zeitungen wird ein Aufruf betreffs Gründung eines Textilkubs der in England internierten Deutschen auf der Isle of Man verbreitet, in dem um Ueberfendung von Lehrbüchern, Garn- und Warenproben und Maschinenstizzen für Web- und Wirkwaren für eine angeblich in einem Kriegsgefangenenlager in England begründete Textil-Fachschule ersucht wird. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich hier um einen Versuch der Engländer handelt, sich in den Besitz von Kenntnissen über unsere Textilindustrie zu setzen, so daß ausdrücklich davor gewarnt wird, derartigen Wünschen in diesem sowie in ähnlichen Fällen zu entsprechen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Ueber die Lohnfrage der Augsburger Textilarbeiterschaft wird uns geschrieben:

Wie aus dem Bericht der großen Textilarbeiterversammlung vom 28. März hervorgeht, führen die Augsburger Textilindustriellen die jetzigen niederen Löhne darauf zurück, daß die ihnen gewährten Weblohnsätze zu gering seien. Die Arbeitervertreter seien auch bereit, durch Verhandlung beim Königl. Staatsministerium dagegen Schritte zu unternehmen. Auch sei auf Anregung einiger Textilindustrieller geplant, den Textilarbeitern seitens der Fürsorge während der Uebergangszeit auf den verdienten Lohn so viel darauf zu zahlen, daß die Unterstützungssätze erreicht würden. Diese Ausführungen bringen nun den Beweis, daß die Arbeitervertreter den Angaben der Textilindustriellen vollen Glauben geschenkt haben.

Bei uns in Augsburg erhalten die Papiergarnweberinnen heute einen Stundenlohn von 22 Pfg., hinzu kommt 2 Pfg. Feuerungszulage, also zusammen 24 Pfg. Daß dieser Lohn nicht ausreicht, wurde uns von den Arbeitgebern zugestanden. Um diesen in die Höhe zu bringen, schlagen die Fabrikanten die Bedienung von zwei Stühlen vor und wollen dann im Akkord 2,2 Pfg. pro Meter zahlen. Auf jedem dieser zwei Stühle könnten die Weberinnen 80 Meter im Tag weben, so daß sie 160mal 2,2 Pfg., also 3,52 M. täglich verdienen können. Abgesehen davon, daß nach Ansicht der Weberinnen die Bedienung zweier Stühle bei Papiergarn nicht möglich ist und es auch nicht möglich sei, 160 Meter auf zwei Stühlen pro Tag zu weben. Nehmen wir die Kalkulation der Textilindustriellen zugrunde und berechnen dann den Verdienst desselben: Er erhält mindestens 160mal 18 Pfg. gleich 28,80 Mark. Hiervon ab 3,52 M. Lohn für die Weberin, dann noch 5 M. Betriebsunkosten für die zwei Stühle (gewiß nicht zu gering gerechnet) so bleibt ihm ein Verdienst von 20,28 Mark pro Tag auf zwei Webstühlen.

Daß bei dieser Sachlage nicht daran gedacht werden kann, die Löhne auch nur vorübergehend auf Kosten der Steuerzahler unter Schonung des an vorstehendem Beispiel gezeigten Reinertrags des Unternehmers zu erhöhen, versteht sich von selbst. Unserer jetzigen Ueberzeugung nach können und müssen die Unternehmer die Löhne bedeutend aufbessern.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Unterlauchringen (Baden). Auch unsere Ortsgruppe ist von ihrem Dornröschenschlaf wieder zu neuem Leben erwacht. Die Entwicklung der Lohnverhältnisse seit Uebergang unserer Firma zur Papierverarbeitung ließen seit langem unter der Arbeiterschaft den Wunsch reifen, daß die Organisation etwas zur Besserung der Verhältnisse tun möchte. So beriefen wir auf Mittwoch, 7. März, eine Fabrikversammlung ein und war der Saal zum „Deutschen Kaiser“ so dicht besetzt, wie es schon lange nicht mehr der Fall war. Bezirksleiter Kollege Kümmele sprach über die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie. Einstimmig wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, der Firma Spinnerei und Weberei Lauffenmühle folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Bezahlung eines Mindestlohnes von 4 M. für die Erwachsenen und 3 M. für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. 2. Erhöhung der Akkordsätze in der Weberei und Vergütung bei Warten auf Material und Reparaturen. 3. Eine Feuerungszulage von 10% in allen Abteilungen. Daß die Arbeiterschaft gewillt ist für Erreichung dieser Forderungen einzustehen beweist die Tatsache, daß in dieser Versammlung 69 Mitglieder beitraten. Heute zählt unsere Ortsgruppe schon 108 Mitglieder. Der Rest muß noch für den Verband gewonnen werden, dann sind hier alle beschäftigten Arbeiter organisiert. Ueber die Verhandlungen des Arbeiterausschusses wird in einer späteren Versammlung wieder Bericht erstattet werden.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Hermann Bongen aus Rheydt.
Hermann Fossen aus M.-Gladbach-Neuwerk.
August Dunkel aus Dingelstädt.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Wilhelm Schunk aus Giesenkirchen.
Johann Brosen aus Krefeld.
Jakob Bürger aus Eupen.
Constant. Hoochstool aus Ochtrup.
Agnes Schröeren aus Viersen.
Mathias Hox aus Moers.
Caspar Jansen aus Brand.
Pot. Wilhelm Streiffler aus Aachen.
Gerhard Jansen aus M.-Gladbach-Eicken.
Anna Reip aus Eupen.
Franz Kittel aus Eupen.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Düren, 22. April, 5 Uhr, im Lokale Klintenbergl, Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Reichskanzler und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland. — **Kriegsbeschädigte!** — **Ernährungsfragen:** Wo sind die Kartoffeln geblieben? — **Arbeiterinnen-Fragen:** Die Nacharbeit der Arbeiterinnen. — **Allgemeine Hausfrau:** Textilarbeiterlöhne — Unternehmer — Unterstützungen! — **Warnung vor einem Versuch englischer Handelsespionage.** — **Aus dem Verbandsgebiete:** Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Ueber die Lohnfrage der Augsburger Textilarbeiterschaft. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Unterlauchringen. — **Ehren- und Sterbetafel.** — **Versammlungskalender.**

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. R. C. M. Schiffer,
Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7.